

Aus der Kreispolitik

Steinburger Hauptausschuss diskutiert 30 Minuten über Teilnahme an Demokratie-Programm

Von [Sönke Rother](#) | 29.02.2024, 16:01 Uhr



Auf der Internetseite des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird für das Förderprogramm geworben. Foto: Screenshot

Die offene Kostenfrage und die Einrichtung einer halben Stelle in der Verwaltung sorgte für unterschiedliche Meinungen zum SPD-Antrag. Letztlich gab es einen Kompromiss: Einen Prüfauftrag an die Verwaltung.

Die Tagesordnung im öffentlichen Teil des Hauptausschusses des Kreises Steinburg war kurz. Eigentlich ging es im Wesentlichen um einen knappen Antrag der SPD-Fraktion: Die Prüfung der Einrichtung einer [Partnerschaft für Demokratie](#). Ein Selbstgänger? Mitnichten. 30 Minuten haben die Politiker ihre Meinungen ausgetauscht, um sich letztlich auf einen Kompromiss zu einigen.

Wiebke Tischler (SPD) hatte den Antrag vorgestellt und um Zustimmung gebeten. Das dreijährige Bundesprojekt laufe Ende 2024 aus, der sofortige Einstieg sei nicht möglich. „Im Mai soll die Entscheidung fallen, ob es fortgesetzt wird. Und dann sollten wir vorbereitet sein, um gleich einsteigen zu können“, erklärte Tischler. Bei dem Projekt seien in der ersten Förderperiode die Einrichtung einer halben Stelle in der Verwaltung und zehn Prozent Eigenanteil an den auf 160.000 Euro begrenzten Fördermitteln, also höchstens 16.000 Euro, gefordert worden.

Zu viel Geld angesichts der Haushaltslage und zu viele offene Fragen, hieß es von Seiten einiger Ausschussmitglieder. Tobias Rückerl (FDP/Freie Wähler) wollte zunächst den Rahmen für eine mögliche Folgeförderung wissen. „Bis wir die Vorgaben nicht kennen, können wir auch nichts entscheiden“, machte er deutlich.

Es können bis zu 160.000 Euro jährlich aus Bundesmitteln eingeworben werden. Die Einbringung von kommunalen Eigen- und Drittmitteln (beispielsweise Landesmittel) liegt bei 10 Prozent der Gesamtausgaben. Mit den eingeworbenen Fördergeldern werden die Koordinierungs- und Fachstelle sowie der Aktions- und Initiativfonds, der Jugendfonds sowie

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, Partizipation, Vernetzung und Supervision finanziert. In Schleswig-Holstein verfügen bislang zwölf Kommunen über eine Partnerschaft für Demokratie; bundesweit gibt es mittlerweile 346.

Auch Marcel Ulrich und Timo Nickels von der CDU waren die ungewissen Kosten angesichts der Haushaltslage ein Dorn im Auge. „Demokratie ist ein hohes Gut, aber ich denke, es ist erstmal ein Programm, das viel Geld kostet“, sagte Ulrich. Und Nickels ergänzte: „Eine zusätzliche halbe Stelle in der Kreisverwaltung sehe ich nicht.“ Siegfried Hansen von der Bürgerliste Steinburg (BLS) hatte sich bei dem Demokratie-Programm in Lübeck umgesehen und festgestellt, dass dort „Frauen erkunden die Innenstadt“ und „Queere Entspannung“ angeboten würden. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass uns so etwas für die Demokratie etwas nützt.“ Inken Carstensen-Herold (Grüne) stellte daraufhin klar: „Welche Projekte wir anbieten, das entscheidet ein Beirat. Wir können ganz andere Schwerpunkte setzen.“

Das Wort „Beirat“ war für den AfD-Politiker Reinhard Zimmermann ein rotes Tuch:

„Wenn ich höre Beirat, dann wird mir schlecht.“

Reinhard Zimmermann

AfD-Abgeordneter

Rat höre sich für ihn nach Kommunismus an. Er betonte, dass es keiner Projekte bedürfe, die den Menschen am Ende sagten, was sie wählen sollen und was nicht.

Die Sozialdemokraten Rudolf Riep, Jürgen Klein und Gerlinde Böttcher-Naudiet unterstrichen die Bedeutung der Demokratie und betonten, dass es zunächst um einen Prüfauftrag an die Verwaltung gehe. „Es geht hier noch gar nicht darum, ob wir letztlich mitmachen“, sagte Riep. Und Timo Nickels formulierte daraufhin einen Kompromissvorschlag. Der Beschluss, der gegen eine Stimme der AfD beschlossen wurde, lautete: „Die Verwaltung wird beauftragt, die Rahmenbedingungen einer Partnerschaft für Demokratie im Kreis Steinburg auszuloten und dem Hauptausschuss vorzustellen.“